



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht begrüßt Kreistagsbeschluss

„Blamage für Meister“

Berlin/Viernheim, 15. Dezember 2009 - Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete und SPD-Unterbezirksvorsitzende Christine Lambrecht hat den Beschluss des Kreistags Bergstraße gegen die Steuerpläne der Bundesregierung begrüßt. Sie sieht sich darin in ihrer Kritik an dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz bestärkt. "Besonders pikant ist aber, dass sich der Kreistag des Heimatwahlkreises des für Haushaltspolitik zuständigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundtagsfraktion, Dr. Michael Meister, gegen das Gesetz ausgesprochen hat. Das ist für Meister eine Blamage ersten Grades. Damit wird klar, dass parteiübergreifend Kommunalpolitiker sich gegen den Griff des Bundes in die Taschen von Städten und Gemeinden wehren“, erklärte Lambrecht. Der Kreistagsbeschluss war mit deutlicher Mehrheit von SPD, Grünen, Teilen der Freien Wähler und CDU - bei zahlreichen Enthaltungen - zustande gekommen.

Der Kreistag hat sich in seinem Beschluss hinsichtlich des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes auf die Kritik der Kommunalen Spitzenverbände bezogen und diese unterstützt und fordert die Hessische Landesregierung auf, diesem Gesetz im Bundesrat nicht zuzustimmen, „da zusätzliche Lasten für die Finanzierung der im Gesetz vorgesehenen Steuererleichterungen von den Kommunen nicht mehr zu tragen sind.“

Nach vorliegenden Berechnungen ist davon auszugehen, dass zur Finanzierung der Steuererleichterungen des Wachs-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

tumsbeschleunigungsgesetzes auf die Kommunen in Hessen Steuerausfälle in Höhe von 170 Millionen € zukommen; für die Kommunen im Kreis werden Ausfälle zwischen 7 und 8 Millionen Euro erwartet. Der Kreistag befürchtet, dass sich die äußerst dramatische finanzielle Situation des Kreises Bergstraße und seiner Städte und Gemeinden noch weiter in erheblichem Maße verschlechtert.

„Das sogenannte ‚Wachstumsförderungsgesetz‘ geht zu Lasten der Investitionen in Bildung und Forschung, Schulen und Kindergärten. Kinder und Enkel bleiben auf Schulden und Zinsen sitzen. Für Klientelgeschenke wie die Begünstigung von Hotelketten bei der Umsatzsteuer und Privilegien für Firmenerben setzt Schwarz-Gelb die Zukunftsinvestitionen in Deutschland aufs Spiel“, so Christine Lambrecht. „Union und FDP bürden Bund, Ländern und Kommunen damit neben krisenbedingten Steuerausfällen noch einmal Ausfälle von 8,5 Milliarden Euro auf. Das ist kein Gesetz, das Wachstum fördert, sondern Zukunft verhindert“.